

Haushalt und Finanzen 2011



Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU, Klaus-Viktor Kleebaum, anlässlich der Verabschiedung des Kreishaushaltes 2011 am 2. März 2011

(Redemanuskript, es gilt das gesprochene Wort!)

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

„Jetzt geht's ans Eingemachte!“, „Soforthilfe für Kommunen in Not!“, „Einigung in letzter Minute!“, mit diesen Überschriften begleitet die Kreisseite der Westfälischen Nachrichten den Beratungsprozess zur diesjährigen Haushaltsverabschiedung.

Diesen Aussagen ist aus Sicht der CDU-Kreistagsfraktion nicht viel hinzuzufügen, wenn man die aktuelle Haushaltssituation insgesamt betrachtet.

Im Vergleich zum letzten Jahr, in dem wir uns in der schwierigsten Wirtschafts- und Finanzkrise befanden, die unser Kreis aufgrund seiner hervorragenden Wirtschaftsstruktur mit Bravour gemeistert hat, scheint sich dennoch nichts geändert zu haben. Aber dies scheint bei näherer Betrachtung nur so.

War im letzten Jahr noch die Befürchtung vor dem Einbruch der Einkommen- und Gewerbesteuer Ausgangspunkt der schwierigen Haushaltssituation, so hat sich das Bild heute doch grundlegend gewandelt. Die Entwicklung der Kommunalfinanzen im Land Nordrhein-Westfalen durch Veränderungen im Gemeindefinanzierungsgesetz rückt in den Mittelpunkt.

Am deutlichsten wird dies in der Stellungnahme der Bürgermeisterkonferenz. Einvernehmlich teilen die Bürgermeister des Kreises Coesfeld dem Landrat und dem Kreistag hierzu Folgendes mit:

„Der aktuelle Stand des GFG 2011 des Landes NRW bedeutet für die Städte und Gemeinden im Kreis Coesfeld ein finanzielles Desaster in einem bisher nicht gekannten Ausmaß. Gegenüber den Schlüsselzuweisungen des Jahres 2010 soll die Gesamtheit der Gemeinden 24,8 Millionen Euro oder 48 Prozent weniger an Schlüsselzuweisungen erhalten. Das stellt uns vor kaum lösbare Probleme: Alle Städte und Gemeinden werden defizitäre Haushalte haben, verschiedene sind schon oder kommen noch in die Haushaltssicherung, einigen droht sogar der Nothaushalt.“ In dieser Situation – so die Bürgermeister – erwarten wir von Politik und Verwaltung des Kreises Coesfeld, sich solidarisch an die Seite der Städte und Gemeinden zu stellen und jede Möglichkeit zu Haushaltsentlastungen der kreisangehörigen Kommunen zu ergreifen. Darauf sind wir dringender denn je angewiesen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nur zur Klarstellung: Nicht die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise bilden in diesem Jahr die Grundlage der katastrophalen finanziellen Lage unserer Städte und Gemeinden, sondern die Auswirkungen eines zeitlich unangemessenen und in der Umsetzung und Grundlagenbildung einseitigen GFG 2011 der rot-grünen Landesregierung. Daran ändern auch schuldenfinanzierte andere kommunale Wohltaten der Landesregierung nichts!

Dass die Bürgermeister – und auch die Räte – in dieser Situation Entlastungen seitens des Kreises erwarten, ist für uns nachvollziehbar, auch wenn unsere Möglichkeiten begrenzt sind.

Wie bereits im letzten Jahr wird der Kreistag jedenfalls mit der Mehrheit der CDU-Fraktion die Erwartungen der Städte und Gemeinden nicht enttäuschen und an die Grenze des rechtlich Vertretbaren gehen.

Alle Gespräche mit Bürgermeistern, mit Ratsvertretern und auch die Diskussionen in den Fachausschüssen zeigen uns, dass wir mit der vorgesehenen Entlastung von insgesamt ca. 6,7 Millionen Euro auf dem richtigen Weg sind. Wir werden den Umlagesatz nahezu unverändert halten und den Städten und Gemeinden die erwarteten Entlastungen bringen. Offensichtlich haben wir auch Kollegen aus den anderen Fraktionen mit unserem Entlastungspaket überzeugen können.

Dieses Ergebnis ist das Ergebnis eines fairen, zielgerichteten und transparenten Prozesses, der einerseits das Versprechen des Landrates der vollständigen Weitergabe aller Verbesserungen erfüllt und darüber hinaus mit der Auflösung der Ausgleichsrücklage und des rechtlich zulässigen begrenzten Rückgriffs auf die allgemeine Rücklage für den Kreishaushalt ausgesprochen risikobehaftet ist.

Meine Damen und Herren, eingetretene Verbesserungen durch eine niedrigere Landschaftsumlage, einen geringeren Zuschussbedarf zur RVM, eine bundesrechtliche Nachforderung beim Wohngeld, höhere Schlüsselzuweisungen des Landes aufgrund veränderter GFG-Strukturen und weitere Einsparungen bei Personal und Sachmaßnahmen führen dazu, dass sich der Kreistag mit der Verabschiedung des Haushaltes – wirtschaftlich betrachtet – auf Augenhöhe mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden befindet.

Jede weitere unerwartete Belastung des Kreises im laufenden Haushaltsjahr wird das Damoklesschwert der Haushaltssicherung nach sich ziehen. Uns ist sehr wohl bewusst, dass wir ein sehr hohes Risiko eingehen, in die Haushaltssicherung zu geraten. Andererseits wird durch diese Situation der Druck in der Verwaltung aufrechterhalten, allen weiteren Einsparmöglichkeiten mit besonderem Augenmerk zu begegnen.

Wie bereits im vergangenen Jahr gehen wir davon aus, dass die interne Verfolgung der Richtlinien zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes mit entsprechenden Sach- und Personalkostenbeschränkungen auch in diesem Jahr stillschweigende Grundlage des Haushaltsvollzugs bleibt. Aufgrund der Erfahrungen in den letzten Jahren haben wir hieran keinen Zweifel und setzen auch in 2011 auf effektives und sparorientiertes Handeln in der Verwaltung.

Die Anregungen der Bürgermeisterkonferenz sind im Übrigen in weiten Teilen mit in das Beratungsergebnis eingeflossen und nach meinem Kenntnisstand mit großer Akzeptanz aufgenommen worden. Das gilt auch für den Bereich des Personalbudgets, das von uns in den letzten fünf Jahren bekanntlich mit einer weitgehenden Deckelung versehen worden ist.

Meine Damen und Herren, trotz wirtschaftlicher Unwägbarkeiten durch die Zukunft des GFG und trotz zu erwartender steigender Sozialleistungen erfolgt die Haushaltsverabschiedung auch in diesem Jahr auf einer zwar risikohaften, aber verlässlichen Grundlage. Mit unserer Politik der Kontinuität, Verlässlichkeit und zielgerichteten Aufgabenerfüllung wird der Kreis auch mittelfristig handlungs- und gestaltungsfähig bleiben und berücksichtigt die Interessenlagen unserer Kommunen in vorrangiger Weise.

Wir üben damit zu Recht angemahnte Solidarität, ohne unsere Ausgangsposition mit vergleichbar guten stabilen Rahmendaten zur Arbeitslosigkeit, zur Selbstständigenquote und zum Schul- und Ausbildungsstand sowie zu bestehenden Angeboten in der Kinderbetreuung, Jugendhilfe und im sozialen Bereich zu verlassen.

Dass wir in der Sache durchaus als sinnvoll erachtete freiwillige Leistungen, wie sie z. B. für die Beratung bei sexuellem Missbrauch von Erwachsenen durch den Frauen e. V. beantragt wurde, zurzeit nicht zusätzlich übernehmen können, ist angesichts der schwierigen Haushaltssituation offenkundig; zumal wir eine einvernehmliche Teillösung gefunden haben und das Land eine Finanzierung im nächsten Jahr in Aussicht stellt. Zusätzliche freiwillige Leistungen – so wünschenswert sie auch sind – können gegenwärtig nicht finanziert werden.

Wer demgegenüber – wie die Grünen – populistische Anträge ohne realistische Finanzierungsvorschläge einbringt bzw. wirtschaftlich notwendige Strukturmaßnahmen wie den Bau der Umgehungsstraße in Olfen oder die Weiterentwicklung des Flughafens in Münster/Osnabrück verhindern will, ist in unserer Region, die von starken mittelständischen Unternehmen und Betrieben lebt, noch nicht angekommen.

Die landesweit niedrigste Arbeitslosen-, Schulabbrecher- oder Insolvenzquote mittelständischer Unternehmen oder die beste Versorgungsquote bei der U3-Betreuung im Kreisvergleich sind demgegenüber eindeutige Maßstäbe unserer zukunftsorientierten Politik.

Wenn sich der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Herr Vogelpohl, an die Spitze der Bewegung stellt, um öffentlich die Anpassung des GFG 2011 als angemessen und längst überfällig zu deklarieren, schießt er wohl eher auf persönlichen innerparteilichen Bedeutungsgewinn bei möglichen Neuwahlen im Lande als auf die Interessen der Bürgerinnen und Bürger und der heimischen Wirtschaft.

Jedenfalls betrachten alle Bürgermeister – gleich welcher Couleur – in unserem Kreis die beabsichtigten Änderungen im GFG in nie dagewesener Einmütigkeit dahingehend, dass sie gemeinsam eine Klage vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster anstreben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, weil die Diskussion um das GFG auch unsere Haushaltsberatungen maßgeblich bestimmt, lassen Sie mich hierzu Folgendes anmerken:

Ungeachtet der Argumentationsversuche, die sicherlich gleich von Herrn Vogelpohl und Herrn Stinka für eine Grunddatenanpassung im GFG 2011 – mit Verweis auf die Vertreter der sog. Gewinnerkommunen – angeführt werden, bleibt festzuhalten:

Ob dem Kreis Coesfeld und seinen Städten und Gemeinden durch das GFG 25 Millionen Euro oder je nach Berechnungsweise strukturell weniger fehlen, handelt es sich um einen so gravierenden Einschnitt, dass trotz aller Sparbemühungen ein Ausgleich vor Ort auch auf Dauer nicht erreicht werden kann.

Verfassungsgerichtliche Zwänge oder laufende Klageverfahren für einen überstürzten kurzfristigen und nicht vorhersehbaren einseitigen Anpassungszwang für das GFG 2011 abzuleiten, ist nicht redlich und fair und widerspricht der einvernehmlichen Abstimmung zwischen den Landtagsfraktionen, eine generelle Überholung der GFG-Grunddaten erst für das Jahr 2012 vorzunehmen.

Eine unterschiedliche Bewertung des Sozillastenansatzes im GFG, in dem der Anreiz zum Abbau von Bedarfsgemeinschaften durch eine Belohnungszuweisung verhindert wird, in dem Schüleransätze zu Ungunsten des ländlichen Raums vermindert werden und in dem die besonderen infrastrukturellen Nachteile des ländlichen Raums in keiner Weise (z. B. über einen Flächenansatz) Berücksichtigung finden, sind aus unserer Sicht nicht akzeptabel.

Eine Bestrafung unserer Städte und Gemeinden, meine Damen und Herren, für wirtschaftliches und sparsames Handeln in der Vergangenheit, wird vor allem aber dadurch ausgelöst, dass die Räte – in weiten Teilen durch eine Nachtragshaushaltssatzung – noch in diesem Jahr gezwungen sind, die Grunderwerb- und Gewerbesteuer flächendeckend anzuheben, um nicht weitere Nachteile in der Zukunft zu erleiden.

Es wird sicherlich für Herrn Stinka nicht einfach sein, dem GFG-Entwurf für 2011, aber auch dem für 2012, seine Zustimmung zu erteilen. Ich bin gespannt, ob er sich dem Fraktionszwang der rot-grünen Minderheitsregierung unterwirft oder als ehemaliger Landratskandidat und heutiger Fraktionsvorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion die Interessen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden unseres Kreises vertritt.

Im Übrigen ist an dieser Stelle anzumerken, dass hinsichtlich vieler bislang schuldenfinanzierter Maßnahmen des Landes möglicherweise bereits in 14 Tagen der Verfassungsgerichtshof in Münster einen Riegel vorschiebt, der damit endgültig die Haushaltspolitik des Landes in die Unverlässlichkeit stellt und ggf. sogar Neuwahlen auslöst.

Meine Damen und Herren, was uns bleibt, ist die große Bandbreite von Projekten beizubehalten, die als innovative Strukturmaßnahmen unseres Kreises auf den Weg gebracht wurden. Das gilt für die Regionale 2016 oder den Breitbandausbau genauso wie für Initiativen wie „Clever Wohnen / Wirtschaften im Kreis Coesfeld“ oder die Vielzahl der Projekte, die im Rahmen unseres gemeinsamen Klimaschutzprogramms angestoßen wurden und deren Weiterentwicklung – maßgeblich unterstützt durch die CDU-Kreistagsfraktion – nunmehr auch als Zukunftsorientierung antragsgemäß auf der Tagesordnung steht.

In schwierigen finanziellen Zeiten, meine Damen und Herren, bedarf es vorrangig der Sicherung bestehender Strukturen und Einrichtungen wie etwa des Berufsnavigators, des regionalen Bildungsnetzwerkes oder der zentralen Pflegeberatung mit der hervorragenden Akzeptanz der eingerichteten Pflegestützpunkte. Unser Grundsatz „ambulant vor stationär“ hat sich dabei ebenso bewährt wie die verwaltungsseitigen Anstrengungen im Bereich der erzieherischen Hilfen. Auch unser gemeinsames Ziel zur Umsetzung des Risikozuschlags in der Jugendamtsumlage, die dem Gedanken der verursachergerechten Belastung Rechnung trägt, gehört in die Kategorie des fairen, berechenbaren Umgangs miteinander.

Meine Damen und Herren, wir haben uns vor einigen Jahren dafür entschieden, die Unterstützung junger Familien mit dem bedarfsgerechten Ausbau der U3-Plätze vorrangig zu fördern. Dabei stand für uns immer eine nachfragegerechte Umsetzung des Angebotes vor Ort an erster Stelle. Dass wir heute mit einer Versorgungsquote von mittlerweile über 28 Prozent landesweit an erster Stelle liegen, ist ein Beispiel verlässlicher und bürgerorientierter Politik, die selbstverständlich auch entsprechendes Geld kostet. Dass wir allen Städten und Gemeinden im Kreis ein gutes flächendeckendes Angebot zur Verfügung stellen, findet vor Ort nicht nur Verständnis, sondern hohe Akzeptanz. Wir werden auch in den nächsten Jahren diese Akzeptanz durch die Bereitstellung weiterer Plätze fördern und warten gespannt auf zusätzliche Landesmittel, die der Verfassungsgerichtshof NRW mit Blick auf das Konnexitätsprinzip angemahnt hat.

In die Zukunft gerichtet, möchte ich heute keine Prognose abgeben, was noch alles auf uns zukommt.

Zu begrüßen ist sicherlich, dass im Rahmen der Hartz-IV-Diskussion der Soziallastendruck durch die vereinbarte Übernahme der Grundsicherung durch den Bund abgemildert wird. Dennoch steigen nicht nur die Umlagen des Landschaftsverbandes, sondern auch die vorhandenen Sozial- und Jugendhilfekosten im überproportionalen Maß. Sie können – mittlerweile auch bei uns – nur noch bei guter wirtschaftlicher Entwicklung aufgefangen werden. Deshalb muss alles unternommen werden, um unsere Region strukturell zu stärken.

Die Gefahr, die ich bereits in meiner letzten Haushaltsrede beschrieben habe, dass die Umverteilung der Finanzströme vom ländlichen Raum in die Großstädte nach einem politischen Wechsel wieder zunimmt, ist durch das GFG 2011 bereits leidvoll eingetreten. Wir tun alles dafür, dass dieser Umverteilungsmechanismus gestoppt wird.

Meine Damen und Herren, abschließend gilt es, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die uns sicherlich auch zukünftig bei unseren Sparbemühungen gewohnt fachkundig begleiten werden, herzlich zu danken.

In unserer Arbeitsgruppe Personal- und Aufgabenkritik stehen in diesem Jahr wichtige Entscheidungen an, über die wir im nächsten Haushaltsjahr abschließend entscheiden werden. Ich bin überzeugt davon, dass uns die Verwaltungsmitarbeiter auch in diesem Prozess mit großer Fach- und Sachkunde unterstützen und wir die richtigen Entscheidungen für unseren Kreis treffen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!